

7. Mit diesem Kabel als Unterlage und keinem anderen Dokument wurde der Sicherheitsrat zusammengerufen. Auch hier sind die Umstände verdächtig. Nach dem offiziellen amerikanischen Weißbuch erreichte das erste Radiogramm vom Ausbruch des Konflikts aus Söul das Weiße Haus am 24. Juni 1950 um 21 Uhr 26 abends. Doch der US-Delegierte telefonierte UN-Generalsekretär Lie erst am folgenden Sonntag um 3 Uhr morgens, um ihm von der »nordkoreanischen Aggression« zu berichten und schärfste Gegenmaßnahmen zu verlangen.

8. Die Kommission der Vereinten Nationen für Korea (UNTECK) hatte am 26. Juni einen weiteren Kabelbericht nach New York gesandt, in dem es hieß, daß die Ursache des Konflikts noch immer nicht festzustellen sei. Die Kommission riet von Sanktionen ab und schlug vor, eine offizielle Vermittlungsaktion der UNO zu starten. Wörtlich heißt es weiter: »Council give consideration either invitation both parties agree on neutral mediator either to negotiate peace or requesting member governments undertake immediate action«. Mit »immediate action« war natürlich eine Vermittlungsaktion gemeint. Dieselbe Prozedur war vorher bereits mit Erfolg in den Konflikten um Kaschmir und Palästina angewandt worden<sup>41</sup>.

## VII

Inzwischen jedoch und ohne den Ausgang der Untersuchungen der UNO-Kommission in Korea selbst oder die Verhandlungen vor dem Sicherheitsrat abzuwarten, traf die amerikanische Regierung folgenschwere Entscheidungen: Präsident Truman befahl den amerikanischen Streitkräften im Pazifik, auf der Seite des Syngman Rhee-Regimes in den Konflikt einzugreifen, sowie der Siebten Flotte, die Formosastraße zu patrouillieren und jeden Angriff auf Formosa abzuwehren, zugleich verkündete er die Intensivierung und Offizialisierung der amerikanischen Militärhilfe für den französischen Kolonialkrieg in Indochina. Washington hatte sich für den großen antikommunistischen Kreuzzug in Asien entschieden.

Mit diesen Beschlüssen trat die amerikanische Delegation vor den Sicherheitsrat und verlangte gebieterisch, keine Zeit mehr mit nutzlosen Untersuchungen zu verschwenden, sondern den Mechanismus des kollektiven Handelns in Gang zu setzen. Es gelang ihr gleich zu Anfang mit Hilfe Englands, Frankreichs und Formosas durchzusetzen, daß der Rat die Berichte der UNO-Kommission als Verhandlungsgrundlage nicht in Betracht zog, sondern sie außer acht ließ. Hierauf verlangte der US-Chefdelegierte Gross vom Rat gebieterisch die Billigung des von Truman präsentierten *Fait Accompli*: die einseitige amerikanische Intervention sollte post festum in eine kollektive UN-Aktion umgedeutet und Nordkorea ohne Anhörung seiner Argumente als Aggressor verurteilt werden. Der amerikanische Antrag wurde mit den sieben Stimmen der Westmächte und ihrer lateinamerikanischen und westeuropäischen Anhänger angenommen. Nur Jugoslawien stimmte dagegen, Indien und Ägypten enthielten sich der Stimme<sup>42</sup>.

Dieses Verfahren des Sicherheitsrats führte dann zu einem Koalitionskrieg unter der Flagge der UN. Die UNO-Mehrheit, einmal auf die amerikanische Version des Hergangs der Dinge festgelegt, hielt an dem 1950 eingeschlagenen Kurs fest, obwohl, wie U Thant 1969 bemerkte, die USA, die sich heute noch des UNO-Etiketts in Korea bedienen, die UNO nicht ein einziges Mal zu der von ihr in Korea zuerst militärisch und dann in Panmunjon politisch verfolgten Politik konsultiert haben.

Schon im Sommer 1950 war zu erkennen, auf welcher Seite die Nutznießer im weiteren Sinne der Zwischenfälle vom 25. Juni 1950 zu finden waren. Der Ostblock trug keine erkennbaren Vorteile davon, und selbst wenn Nordkorea

## China und die deutsche Mitgliedschaft

Bis zum 25. Oktober 1971 war alles klar und einfach. Die DDR hatte bereits Anfang 1966 einen Antrag auf Aufnahme in die Vereinten Nationen gestellt. Der Sicherheitsrat hat den Antrag nicht behandelt. Er ist nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil keine Chancen für seine Annahme bestanden. Der Antrag ruht seitdem unberührt im Glaspalast.

Der DDR-Antrag um Aufnahme ist aussichtslos, solange die vetoberechtigten Mächte des Westens gegen ihn sind. Ein eventueller Antrag der Bundesrepublik wäre genauso chancenlos gewesen, da die Sowjetunion ihm nur zugestimmt haben würde, wenn der Antrag der DDR von den westlichen Großmächten nicht blockiert worden wäre. Keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat bis jetzt einen Aufnahmeantrag gestellt, weil sie sich über diese Verfahrenszwänge klar war und politisch den Zeitpunkt für die Hinnahme eines gleichzeitigen Einzugs beider deutscher Staaten in die UNO noch nicht für gekommen hielt.

Das vetoberechtigte China spielte in diesen Zusammenhängen keine Rolle. Die Stimme Chinas wurde in der UNO bis zum 25. Oktober 1971 von der Regierung Tschiang Kai-scheks auf Formosa vertreten. Formosa-China, durch Verträge und Beziehungen voll an die USA gebunden, stimmte grundsätzlich mit den Westmächten. Es hat nur einmal bei der beabsichtigten Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik sein Veto eingelegt. So war aus keinem Gesichtswinkel her zu erwarten, daß Formosa gegen gekoppelte Aufnahmeanträge der BRD und der DDR gestimmt und sie so zu Fall gebracht hätte, wenn die übrigen vier Großmächte für die Anträge gewesen wären.

Seit dem 25. Oktober 1971 aber hat China eine eigenständige und kraftvolle Stimme in den Vereinten Nationen und im Sicherheitsrat. An diesem Tag hat die Volksrepublik China den chinesischen Sitz von Formosa übernommen. Von einem Automatismus der chinesischen Stimmabgabe zugunsten des Westens kann ebensowenig die Rede mehr sein, wie zugunsten etwa nun der Sowjetunion. China hat nach seinem Einzug zahlreiche Beweise für unabhängige Stimmabgaben gegeben und sich hierbei nicht gescheut, teils mit der Sowjetunion gegen die westlichen Großmächte, teils aber auch mit den USA gegen Moskau zu stimmen.

Andererseits rückt der Zeitpunkt näher, an dem auch die Bundesrepublik Deutschland es für geeignet hält, den Antrag auf Mitgliedschaft in der Weltorganisation zu stellen.

Wie wird es aber im Sicherheitsrat aussehen, wenn ihm die Anträge beider deutscher Staaten vorliegen? Was wird nun mit der chinesischen Stimme sein, wo der formosanisch-westliche Stimmenautomatismus abgelöst ist durch ein völlig selbständiges Peking? Wird China das Koppelgeschäft der gleichzeitigen Aufnahme beider deutschen Staaten mitmachen? Wird es hierin nicht wieder das »Sozio-imperialistische Duett« der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten sehen und anprangern, wie schon bei anderen Gelegenheiten seit seinem Einzug in die UNO vor einem halben Jahr? Kann es den Antrag der Bundesrepublik unterstützen und den der DDR ablehnen, um die Sowjetunion zu ärgern, oder wird es umgekehrt aus kommunistischer Gemeinsamkeit mit der DDR nur diese allein in der Weltorganisation sehen wollen und deshalb gegen die Bundesrepublik stimmen?

Nun, auch China ist an die Formalzwänge bei der Aufnahme von Staaten in die UNO gebunden. Genau wie die anderen Vetomächte kann es die Anträge beider deutscher Staaten ablehnen oder annehmen; das ändert nicht die Grundsituation. Die Westmächte einerseits und die Sowjetunion andererseits werden auf keinen Fall der Bundesrepublik allein oder der DDR allein die Mitgliedschaft ermöglichen. Auch das jetzige China hat in der UNO nur die Wahl: Beide deutsche Staaten werden Mitglied oder keiner.

Die persönliche Meinung